

















































pien, auf die man sich während des Kalten Krieges geeinigt hat, muss neu definiert werden. Das gilt insbesondere für das Prinzip staatlicher Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Diese Prinzipien sind im Kontext der universellen Verpflichtung zur Achtung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Regierungsführung sowie zur Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte zu interpretieren. Würde die vorgeschlagene neue Sicherheitsarchitektur diese Verpflichtungen zum Gegenstand eines völkerrechtlichen Vertrags machen, würde sie sicherlich von allen demokratischen Mitgliedstaaten der transatlantischen Gemeinschaft unterstützt. Der Westen und Russland haben die einmalige Chance, ihre Beziehungen zu verbessern und eine neue Sicherheitsordnung aufzubauen, die auf Vertrauen und Zusammenarbeit und der Respektierung sowohl der legitimen Sicherheitsinteressen aller Beteiligten als auch der grundlegenden universellen Werte beruht. Entscheidend ist dabei nicht die Form (rechtlich oder politisch), sondern der Inhalt: Wie können die oftmals im Widerspruch zueinander stehenden nationalen Interessen einzelner Staaten und die universellen Werte der Gemeinschaft postmoderner Staaten miteinander in Einklang gebracht werden? Die neue Regierung in den Vereinigten Staaten hat ihren Mut zu einem „Neustart“ in ihren Beziehungen mit Russland demonstriert und damit den Weg für einen neuen Anfang frei gemacht. Präsident Barack Obamas Bemühungen werden jedoch nur dann Erfolg haben, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruhen und Russland den notwendigen politischen Willen zeigt, das neue Sicherheitssystem auf der Grundlage der Achtung universeller Prinzipien sowohl *zwischen* Staaten als auch *im Innern* von Staaten aufzubauen. Anderenfalls wird der historische Schwung nachlassen und die Chance ungenutzt bleiben. Die Zeit ist reif, es gemeinsam aufzubauen – für und nicht gegeneinander.